

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 1/2019

Mai 2019



**VLW feiert Jubiläum in Schloß Waldthausen mit
Tag der kaufmännischen Schule 2019**

Reform der Höheren Berufsfachschule

Landesregierung stärkt Erinnerungskultur

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden
Karl-Heinz Fuß zur Reform der Höheren
Berufsfachschule 3

70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz

VLW feiert Jubiläum mit Tag der kauf-
männischen Schule in Schloß Wadthausen 4

Pressemitteilungen anlässlich des
Tages der kaufmännischen Schule 6

Erinnerungskultur

Ministerium will Sozialkunde stärken -
mehr Sozialkunde, mehr Erinnerung,
mehr Europa 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler,
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Bernd Zinßius

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das inzwischen nicht mehr ganz so neue Jahr startete für den VLW mit einem Großereignis: dem 70-jährigen Jubiläum, das es natürlich zu feiern galt. Die Festveranstaltung im Rahmen des Tages der kaufmännischen Schule 2019 steht deshalb auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe des VLW kompakt.



Wenn auch Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig leider kurzfristig absagen musste, konnten wir mit Staatssekretär Hans Beckmann und zahlreichen Referenten aus dem Bildungsministerium dennoch viele Adressaten begrüßen, denen wir unsere Vorstellungen einer zeitgemäßen Bildungspolitik darlegen konnten. Diese Chance ließ sich unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß nicht entgehen.

Mit Prof. Dr. Philipp Harms von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz konnten wir einen Experten für Außenwirtschaftspolitik gewinnen, dem mit seinem ebenso spannenden wie hochaktuellen Vortrag über den wieder um sich greifenden Protektionismus die Aufmerksamkeit des ganzen Auditoriums sicher war. Ein Fachvortrag auf diesem Niveau unterstreicht die Bedeutung eines „Tages der kaufmännischen Schule“. Interessante und gut besuchte Workshops zu aktuellen Themen der Bildungspolitik rundeten einen insgesamt gelungenen Tag ab.

Leider nicht so gut gelungen ist der uns seit kurzem vorliegende Entwurf der neuen Verordnung für die Höhere Berufsfachschule (HBF). Hier sehen wir noch reichlichen Bedarf für Nachbesserungen im Sinne unserer Kolleginnen und vor allem im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler. Details zu unserer Kritik verrät Ihnen Karl-Heinz Fuß in seinem Kommentar zum aktuellen Verordnungs-Entwurf.

Inzwischen sind auch noch Anhörungsvorlagen zur Lehrkräftearbeitszeitverordnung und zur VV Fort- und Weiterbildung auf unseren Schreibtischen gelandet, zu denen wir uns selbstverständlich auch im Interesse unserer Mitglieder positionieren. Darüber halten wir Sie in gewohnter Weise auf dem Laufenden. Am schnellsten geht das mit unserem Newsletter, den alle Mitglieder des VLW Rheinland-Pfalz beziehen können. Senden Sie einfach eine kurze E-Mail an folgende Adresse: info@vlw-rlp.de!

Für den Schuljahresendspurt und die nun anstehenden Prüfungen wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen viel Durchhaltevermögen und unseren Schülerinnen und Schülern viel Erfolg!

Dirk Mettler

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Warum die HBF-Reform ihr Ziel verfehlt

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Viele unsere Kolleginnen und Kollegen haben die Ankündigung der Reform der HBF vor einigen Jahren begrüßt, einige sogar gefordert. Hauptgrund dafür war die zunehmende Überforderung vieler HBF-Schülerinnen und -Schüler in den allgemeinbildenden Fächern, die bisher am Niveau der Fachhochschulreife (FHR) ausgerichtet waren. Die Hoffnung, dass mit der Reform zusätzliche Unterrichtsstunden verfügbar wären, um die Defizite der betroffenen Schülerinnen und Schüler auszumerzen, hat sich mit der Nachricht des verpflichtenden schulbegleitenden Praktikums jäh zerschlagen. Was blieb, war die Idee, den Assistenzbereich vom Fachhochschulreife-Unterricht zu trennen. Somit können die Stärkeren weiterhin auf FHR-Niveau beschult werden, während sich die anderen auf die niedrigeren Lernbausteine konzentrieren und dadurch mit guter Chance auf Erfolg den Abschluss der HBF als Assistentin oder Assistent anstreben können. So weit, so gut.

Der nun vorgelegte Verordnungsentwurf lässt die Idee, zumindest für die Fachrichtung Wirtschaft, jedoch wie eine Seifenblase zerplatzen:

Punkt 1: Schülerinnen und Schüler, die einmal für den FHR-Unterricht angemeldet sind, können sich nur selbst von diesem wieder abmelden. Für Lehrkräfte bzw. die Klassenkonferenz besteht keine Möglichkeit, nicht leistungsbereite oder -fähige Schülerinnen und Schüler, die oftmals die Stärkeren an ihrem Lernfortschritt hindern, aus dem FHR-Unterricht zu verweisen.

Punkt 2: Die Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden im FHR-Unterricht ent-

spricht der Studentafel der dualen Berufsoberschule. Diese sieht in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaft und Sozialkunde weniger Unterricht vor als bisher in den kaufmännischen Fachrichtungen der HBF erteilt wurde. Tatsächlich wird aber mehr Unterrichtszeit benötigt, um die HBF-Schülerinnen und -Schüler zur FH-Reife zu führen.

Punkt 3: Die Leistungsfähigkeit der künftigen HBF-Schülerinnen und Schüler wird eher abnehmen als steigen. Dies liegt daran, dass die übergreifende Schulordnung dahingehend Änderungen erfahren hat, dass der Übergang nach der Klasse 10 in eine gymnasiale Oberstufe erleichtert wurde. Somit wird ein Teil der Schülerinnen und Schüler, die sich bisher für die HBF angemeldet haben, künftig am beruflichen Gymnasium anmelden. Dort werden sie zu den Schwächeren gehören, während an der HBF die starke Spitze wegbreicht.

Punkt 4: Es gibt für Schülerinnen und Schüler in der Fachrichtung Wirtschaft kaum Gründe, weshalb sie sich nicht von Anfang an für den FHR-Unterricht anmelden sollten. Zum einen gibt es möglicherweise gar kein Ausweichangebot an ihrer Schule. Der Besuch der BF2 oder im günstigeren Fall einer Berufsschulklasse wären denkbare Alternativen, deren Unterrichtszeit dann jedoch in entsprechenden Bändern angelegt sein müsste. Zum anderen sieht die Verordnung vor, dass die Schülerinnen und Schüler, die den FHR-Unterricht besuchen, in den Zeugnissen der höheren Berufsfachschule eine Note bekommen, die um eine Notenstufe besser ist als die im FHR-Unterricht erreichte. Dies



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

betrifft sowohl die Halbjahreszeugnisse als auch die Jahreszeugnisse. Die Noten des FHR-Unterrichts werden separat in einem Zeugnis des Fachhochschulreife-Unterrichts ausgewiesen.

Die Wirkung einer solchen Regelung lässt sich leicht vorhersehen. Schülerinnen und Schüler werden weiterhin zu einem hohen Anteil den FHR-Unterricht besuchen. Die ursprüngliche Hoffnung, in diesem Unterricht ein höheres Niveau anbieten zu können, wird zerschlagen. Dass innere Differenzierung das Problem nicht lösen kann, haben unsere Kolleginnen und Kollegen bereits zur Genüge in der bisherigen HBF herausgefunden. Was bleibt, ist eine Reform, die dem Sparziel der Landesregierung dient, indem unterm Strich weniger Unterrichtsstunden gehalten werden als zuvor. Sie dient in dem vorgelegten Entwurf jedoch nicht unseren Schülerinnen und Schülern und ebenso wenig unseren Kolleginnen und Kollegen. Die Reform wird ihr Ziel deshalb weit verfehlen, wenn der Verordnungsentwurf nicht umgehend korrigiert wird.

70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz VLW feiert Jubiläum mit Tag der kaufmännischen Schule in Schloß Waldthausen

Hochrangige Gäste aus der Politik und aus der Verbandswelt sind der Einladung des VLW ins Schloß Waldthausen gefolgt, um zusammen mit den erschienenen Mitgliedern das 70-jährige Bestehen unseres Verbandes zu feiern. In Stellvertretung für Ministerin Dr. Stefanie Hubig, die leider verhindert war, kam Staatssekretär Hans Beckmann. Außerdem durfte Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß zahlreiche Referenten aus dem Ministerium sowie bildungspolitische Sprecher aus dem Landtag begrüßen. Unser Bundesverband BvLB entsandte den Bundesvorsitzenden Joachim Maiß, für den dbb Rheinland-Pfalz



Hochrangige Vertreter aus der Politik und aus der Verbandswelt gaben sich die Ehre und gratuliertem dem VLW zu 70 Jahren erfolgreiche Interessenvertretung.



Für seine engagierte Begrüßungsrede erntete Karl-Heinz Fuß anhaltenden Applaus der Anwesenden.

nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Kettner an unserer Festveranstaltung teil und die befreundeten Lehrerverbände waren durch ihre Vorsitzenden vertreten.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Karl-Heinz Fuß an die zahlreichen Neuerungen, mit denen sich der VLW in den vergangenen zehn Jahren (seit dem 60-jährigen Jubiläum) beschäftigt

und auseinandergesetzt hat. Erinnert sei nur an die Gründung des Pädagogischen Landesinstituts und des Instituts für Lehrgesundheit, die Reform der Berufsfachschule I, die Expertenkommission für die Perspektiven der BBSn und den Schulversich BS20. Seit einigen Jahren steht die Digitalisierung im Fokus, die uns sicher noch einige Jahre begleiten wird und die vermutlich die

weitreichendsten Veränderungen der Beruflichen Bildung seit Langem hervorbringen wird.

Beim hochaktuellen Thema HBF-Reform erinnerte Karl-Heinz Fuß noch einmal daran, dass nicht zuletzt aufgrund unserer Intervention die Umsetzung der Reform um ein Jahr verschoben wurde. Aus heutiger Sicht ein Segen! Trotz prinzipieller



Würdigung der Verbandsarbeit: Thorsten Weber, Miriam Schmidle, Karl-Heinz Fuß und Mechthild Antony-Hatzfeld (v. l. n. r.) standen dem Moderator der Festveranstaltung, Michael Kostelnik, Rede und Antwort.

Zustimmung zum Reformgedanken ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass der VLW die geplante Kürzung der Teilungsstunden im Berufsbezogenen Unterricht auf 360 Lehrerwochenstunden entschieden ablehnt und eine Nachbesserung der Stundentafel fordert. Um Wertigkeit und Akzeptanz der HBF gleichermaßen zu steigern, plädierte Karl-Heinz Fuß „an die Verantwortlichen, den Abschluss der HBF auch für eine duale Berufsausbildung anzuerkennen, z. B. als Teil 1 der Abschlussprüfung“. Der kräftige Applaus machte deutlich, dass er vielen der Anwesenden aus der Seele sprach.

Den Jubelarien aus dem Bildungsministerium wegen der von 97,1 % (Schuljahr 2017/18) auf 97,2 % im laufenden Schuljahr gestiegenen Unterrichtsversorgung hielt Karl-Heinz Fuß entgegen,



Er begeisterte die Festgemeinde mit seinem Fachvortrag zum „neuen Protektionismus“: Prof. Dr. Philipp Harms von der Universität Mainz

dass diese Zahlen keineswegs zufriedenstellen könnten. Deshalb wiederholte er die vom VLW schon seit langem erhobene Forderung, das Lehramt an BBSn attraktiver zu gestalten und insbesondere für das Studium der Wirtschaftspädagogik zu werben. Als konträrproduktiv brandmarkte Karl-Heinz Fuß in diesem Zusammenhang „die ständige



Sie verliehen dem Tag der kaufmännischen Schule 2019 mit ihren musikalischen Einlagen einen festlichen Rahmen: Ralf Klein (Klarinette) und Thorsten Weber (Klavier) von der BBS Wirtschaft Worms

Ausweitung unserer außerunterrichtlichen Aufgaben bei gleichzeitiger Reduzierung der Ferientage, wie es die neu vorgelegte VV Dienstordnung faktisch vorsieht“.

Den Blick in die Zukunft richtend betonte Karl-Heinz Fuß die Bereitschaft des VLW, seinen Teil zum Erhalt insbesondere der Wahlschulbildungsgänge an den BBSn beizutragen. Der Verband sieht in diesen Bildungsgängen einen „Garant für die Aufstiegsmöglichkeiten in unserem Bildungssystem, auf die wir mit Recht stolz sein können. Es lohnt sich dafür zu kämpfen, dass es weiterhin für jeden Abschluss einen Anschluss gibt“.

Mit Blick auf die die aktuelle bildungspolitische Diskussion bestimmende Digitalisierung warb Karl-Heinz Fuß dafür, bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule nicht bei der technischen Ausrüstung der Schulen stehen zu bleiben. Diese sei zwar nötig, da vielerorts zunächst die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Es reiche aber „bei weitem nicht aus, Laptops und Tablets in die Klassenräume zu stellen. In den Schulen müssen moderne Lernumgebungen geschaffen und gute

pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien entwickelt werden“. Ebenso wichtig sei die Fortbildung der Lehrkräfte, die die junge Generation auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft vorbereiten sollen. Vor der geplanten Auslagerung der System- und Anwendungsbetreuung an externe Dienstleister hat Karl-Heinz Fuß ausdrücklich gewarnt. Die Entscheidung darüber, welche Teile der System- und Anwendungsbetreuung in externe Hände gegeben werden, solle bei den einzelnen Schulen bleiben.



Prof. Dr. Markus Böhner bot einen Workshop zur „Wirtschaftsdidaktik in Zeiten digitaler Chancen und Herausforderungen“ an.



Petra Jendrich, Leiterin der Abt. 4A im Bildungsministerium, präsentierte ihre Vorstellungen von der Zukunft der BBS in Rheinland-Pfalz

Zum Abschluss seiner Rede warb Karl-Heinz Fuß bei den anwesenden Politikern und Ministeriumsvertretern noch einmal dafür, den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers, nicht zuletzt angesichts seiner hohen gesellschaftlichen Relevanz, attraktiv zu halten. Neben einer angemessenen finanziellen Vergütung gehören dazu auch Rahmenbedingungen wie eine erträgliche Arbeitsbelastung und insbesondere für jüngere Kolleginnen und Kollegen lukrative Aufstiegsperspektiven. Allen Zuhörern sicherte er zu, dass der VLW sich auch weiterhin engagiert für die Belange seiner Mitglieder und für die Berufliche Bildung einsetzen werde.



Dr. Alexander Jatzko referierte zum „Umgang mit digitalen Medien aus neurobiologischer Sicht“.

Pressemitteilungen des VLW anlässlich des Tages der kaufmännischen Schule

VLW fordert Hälfte der Mittel aus dem DigitalPakt für die Berufsbildenden Schulen

Mit dem DigitalPakt Schule stellt der Bund den Ländern in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen ca. 240 Millionen auf Rheinland-Pfalz. Der VLW begrüßt den Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses, den der Bundesrat in seiner Sitzung am 15. März noch bestätigen muss[te]. Dieser zukunftsweisende Schritt reicht jedoch bei weitem nicht aus. Insbesondere die Berufsbildenden Schulen benötigen erhebliche Finanzmittel, um die Jugendlichen auf die digitalen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorzubereiten.

„Die Finanzmittel müssen nun endlich in die Schulen fließen“, fordert Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW und führt weiter aus: „Die technologische Ausstattung der Schulen ist aber nur der erste Schritt, dem weitere folgen müssen. In den Schulen müssen moderne Lernumgebungen geschaffen werden und es müssen gute pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien entwickelt werden. Es reicht bei weitem nicht aus, Laptops und Tablets in die Klassenräume zu stellen.“ Bei aller Begeisterung dürfe nicht vergessen werden, dass die Lehrkräfte nicht nur selbst mit den digitalen Medien umgehen können müssen. Insbesondere in den Berufsbildenden Schulen müssen die Schüler mit den sich immer weiter entwickelnden Möglichkeiten der neuen Technologien vertraut gemacht werden.

„Bei uns ist die Digitalisierung nicht nur Mittel zum Zweck, sondern Lerninhalt!“, erläutert Karl-Heinz Fuß und stellt klar,

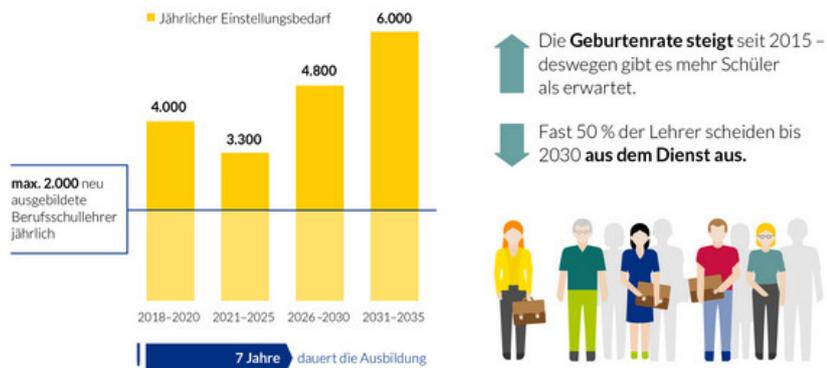
dass die Berufsbildenden Schulen mindestens die Hälfte der Mittel des DigitalPakts Schule benötigen, um eine zukunftsfähige Ausbildung der jungen Generation zu ermöglichen. Abschließend fordert Fuß: „Die Berufsbildenden Schulen müssen bei den Planungen des Landes einen besonderen Stellenwert erhalten, da sie Jugendliche für die Anforderungen des Arbeitsmarktes fit machen müssen!“

VLW fordert Landesregierung zum Handeln auf Attraktivität des BBS-Lehramtes muss dringend gesteigert werden

Der VLW fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, welche die Attraktivität des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen erhöhen. Andernfalls drohe ein Mangel an Lehrkräften mit beruflichen Fächern, was zur Folge hätte, dass die von der Wirtschaft händierend gesuchten und benötigten Fachkräfte nicht mehr ausreichend qualifiziert werden könnten.

Der VLW-Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß führt dazu aus: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass es viel zu wenig Bewerber für das Lehramt an BBSn gibt, insbesondere solche, die ein berufliches Fach studiert haben. Vielfach entscheiden sich die Studenten nach ihrem Abschluss für ein Angebot aus der freien Wirtschaft. Insbesondere im Studiengang Wirtschaftspädagogik ist dieses Phänomen – leider – sehr häufig zu beobachten.“ Die Angebote aus der freien Wirtschaft, führt Fuß weiter aus, seien häufig lukrativer als der Schuldienst, zumal dort erst noch ein Vorbereitungsdienst (Referendariat) absolviert werden muss. „Dabei ist weniger

In den Berufsschulen herrscht dramatischer Lehrermangel



➔ **Jetzt** ist der Zeitpunkt, mehr Berufsschullehrer auszubilden!

Studie „Dringend gesucht: Berufsschullehrer“
© Bertelsmann Stiftung 2018

| BertelsmannStiftung

der Vorbereitungsdienst als solcher das Problem“, erläutert Fuß, „sondern die dürftige Bezahlung während dieser Zeit. Gerade Interessenten für das Lehramt an BBS haben häufig bereits eine Familie zu ernähren. Das ist mit den Almosen während des Referendariats nicht zu stemmen.“

Die Warnungen des VLW vor einem Mangel an Handelslehrern stießen bei der Landesregierung regelmäßig auf taube Ohren. Dort ging man lange Zeit von einem Überhang aus. Inzwischen sah man sich im Bildungsministerium gezwungen, den Quereinstieg für das Fach „Wirtschaft“ zu öffnen. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang, dass gerade diese so dringend benötigten Quereinsteiger, die oftmals über für BBSn unschätzbar wertvolle praktische Erfahrungen verfügen, ebenfalls mit den Anwärterbezügen abgespeist werden.

Der VLW fordert deshalb die Landesregierung auf, die Anwärterbezüge für das Lehramt an BBS, zumindest für Bewerber mit beruflichen Fächern, spürbar zu erhöhen. Darüber hinaus muss Schluss sein mit immer weiteren Belastungen, wie sie die geplante neue Dienstordnung vorsieht. Die angekündigte Erhöhung der Bezüge für Beamte in

Rheinland-Pfalz um zwei Mal zwei Prozent in den kommenden beiden Jahren und die zugesagte Übernahme des [...] ausgehandelten Tarifabschlusses sind Schritte in die richtige Richtung. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft bestehen zu können, muss dieser Weg allerdings konsequent weitergegangen werden.

„Die Forderungen unseres Verbandes werden auf eindrucksvolle Weise durch die von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm bestätigt“, erläutert Karl-Heinz Fuß und fährt fort: „Der Studie zufolge übersteigt der Bedarf an jährlich einzustellenden Berufsschullehrern die zu erwartende Zahl der Absolventen deutlich. Ursächlich dafür ist neben der hohen Anzahl an Pensionierungen bis zum Jahr 2035, dass sich viel zu wenig junge Menschen für ein Studium des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen entscheiden.“

„Zur Attraktivität des BBS-Lehramtes gehören auch realistische Aufstiegsperspektiven. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14 für Lehrkräfte an BBSn“, unterstreicht Karl-Heinz Fuß und fährt fort: „Ein weiterer wichtiger Baustein

ist die Sorge des Dienstherrn um die Lehrgesundheit. Die Studie von Prof. Klemm weist völlig zurecht darauf hin, dass viel zu viele Lehrkräfte vorzeitig in den Ruhestand eintreten und zeigt gleichzeitig eine Lösungsmöglichkeit auf: Die Ausweitung und Erhöhung der Altersermäßigung, die wir ebenfalls seit Langem fordern.“

VLW fordert erhebliche Ausweitung des Etats für Fortbildung der Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen

An den Berufsbildenden Schulen des Landes werden Schülerinnen und Schüler in den Vollzeitschulen und in der Berufsschule für den Arbeitsmarkt ausgebildet. Die Berufsbildenden Schulen und ihre Lehrkräfte müssen sich deshalb auch dem ständigen Wandel der Anforderungen des Arbeitsmarktes stellen („Industrie 4.0“, „Digitalisierung“ usw.). Wichtig ist daher eine ständige und intensive Fortbildung der Lehrkräfte, nicht nur etwa in den MINT-Fächern. Die Schülerinnen und Schüler, insbesondere in der Berufsschule, erleben an drei Tagen in der Woche in ihren Betrieben ständig sich wandelnde Arbeitsbedingungen, auf die sie in der Berufsschule eigentlich vorbereitet werden müssten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sollte für jede Lehrkraft eine ständige Fortbildung verpflichtend sein – und, Überraschung, das ist sie auch: Die Landesregierung hat dies vor drei Jahren gesetzlich verankert. Die Schulleitungen können seitdem ihre Lehrkräfte zur Teilnahme an Fortbildungen verpflichten. Täten sie dies, würde das System sofort zusammenbrechen, da die Ressourcen hierfür nicht ansatzweise ausreichen.

Der VLW fordert deshalb, dass das Fortbildungsangebot für die Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen ausgebaut wird. Das BBS-Team beim Pädagogischen Landesinstitut (PL) in Speyer – für die Fortbildungen im Lande zuständig – leistet hervorragende Arbeit, benötigt aber dringend zusätzliche Mittel, um dem gewachsenen Fortbildungsbedarf gerecht zu werden.

Weitere Beispiele für den erheblichen Fortbildungsbedarf sind:

- Von den ca. 350 staatlich anerkannten Ausbildungsberufen wurden in den letzten Jahren ca. 250 neu geordnet oder sind neu entstanden;
- Die berufsbezogene Fortbildung erfordert oft umfangreiche Kooperation mit Betrieben, Fachhochschulen und Universitäten („Duales Studium“).
- An der BBS befindet sich ein hoher Anteil an Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf (z. B. Geflüchtete ohne deutsche Sprachkenntnisse, Inklusionsschüler).
- Die IT-Fortbildung kann nicht auf Lehrkräfte beschränkt werden, die im IT-Unterricht eingesetzt sind. Die übrigen Fachlehrkräfte müssen sich ebenfalls entsprechende Kompetenzen in IT-Anwendungen aneignen, da diese auf breiter Front in den Unterricht in fast allen Fächern einbezogen werden sollen.

Auch außerhalb des PL-Fortbildungsinstitutes werden Fortbildungen angeboten und durchgeführt, etwa in Zusammenarbeit mit Betrieben oder Hochschulen. Auch für diese, in Eigenregie organisierten Fortbildungen, müssen die Mittel erheblich ausgeweitet werden, etwa im Zusammenhang mit dem Programm für die Selbständigkeit von Schulen („EQuL“).

Ministerium will Sozialkunde stärken – mehr Sozialkunde, mehr Gedenkarbeit, mehr Europa

Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann hatten die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfteverbände und Hauptpersonalräte zu einem wichtigen und – leider – aktuellen Thema ins Ministerium eingeladen. Beabsichtigt ist eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts und die Stärkung der „Erinnerungskultur“ sowie die Erfahrung des Wertes von Europa (und Israel) durch Schülerbegegnungen und Austausch.

Alle Anwesenden haben die Pläne der Ministerin, der man ein persönliches Engagement durchaus anmerkte, positiv aufgenommen. Wobei einstweilen noch offen bleibt, wie eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichtes in den Sekundarstufen I und II organisatorisch durchgeführt werden kann (Ausweitung der Studentafel oder Erhöhung des Sozialkundeanteils auf Kosten anderer Fächer?). In unseren Berufsbildenden Schulen muss natürlich gesondert vorgegangen werden. VLBS und VLW haben angeregt, anlässlich der BVJ-Reform in diesem Bereich zu beginnen.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler sollen künftig mindestens einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte oder einen Lernort besuchen oder beschäftigen sich mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.
- Verdoppelung der Förderung von Gedenkstättenfahrten.
- Neueinrichtung einer Servicestelle für Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut (PL).
- Schaffung von mehr Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte.



Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand

- Verpflichtende Besuche von Gedenkstätten für alle Anwärter und Anwärterinnen in den Seminaren.
- Kooperationsvereinbarung mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, die Studienfahrten für Lehrkräfte nach Israel ermöglicht.
- Neuerarbeitung der Sozialkunde-Lehrpläne in der Sekundarstufe II.
- Einrichtung einer Servicestelle für Demokratiebildung am PL.
- Ausbau und Intensivierung von Austausch- und Begegnungsprogrammen, besonders mit unserem Nachbarland Frankreich.
- Einführung eines „AzubiBac-Pro“ im Bereich der BBS, angelehnt an das deutsch-französische Abitur „AbiBac“.

Die Landesregierung schafft hier sehr positive Ansätze für eine Stärkung der Demokratiebildung, nicht nur im Fach Sozialkunde. Dass dafür eine Notwendigkeit besteht, ist wohl offensichtlich, betrachtet man die Stärkung von populistischen und rechtsradikalen Kräften in ganz Europa. Die Maßnahmen werden vielleicht nicht ausreichen, sind aber ein lobenswerter Anfang. Darüber waren sich alle Anwesenden einig. Weiter so!